


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN RUSSLAND 2018

■ EINLEITUNG			
Putins neue Amtszeit: Ausblicke und Erwartungen	2	Putins letzter Coup	9
		Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)	
■ KOMMENTAR			
Keine Veränderung der russischen Politik im Hinblick auf den Krieg im Donbass zu erwarten	2	Dystopische Wahlmonarchie	11
Von Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		Von Dirk Uffelman (Universität Passau)	
In der Falle.		■ DOKUMENTATION	
Sechs weitere Jahre rechtspolitischer Stillstand	3	Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 18. März 2018	12
Von Caroline von Gall (Universität zu Köln)		Wahlbeobachtung:	
Großmachtnarrativ und Konfrontation mit dem Westen: Putin geht den Weg des geringsten Widerstands	5	»Golos«-Bericht zu den Präsidentschaftswahlen am 18. März 2018 in Russland	16
Von Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)		EPDE protestiert gegen die Einstufung als »unerwünschte Organisation« in Russland	19
Die vierte Amtszeit Putins: Wird Russland weniger oder stärker berechenbar?	6	■ DEKODER	
Von Alexander Libman (Ludwig-Maximilians-Universität München)		Die zwei Staaten des Wladimir Putin	19
In der Wagenburg – Putins Russland nach der Präsidentschaftswahl	8	Von Maxim Trudoljubow (Republic)	
Von Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)		■ CHRONIK	
		5. – 18. März 2018	22

EINLEITUNG

Putins neue Amtszeit: Ausblicke und Erwartungen

Wie erwartet, ist Wladimir Putin bei der Wahl am 18. März 2018 im ersten Wahlgang für eine erneute Amtszeit zum russischen Präsidenten gewählt worden. Aus diesem Anlass haben wir führende Russland-Experten in Deutschland gebeten, einen Ausblick auf Putins neue Amtszeit und damit verbundene Erwartungen in einer kurzen Stellungnahme zusammenzufassen. Die rechtzeitig bei uns eingegangenen Texte werden hier im Autorenalphabet veröffentlicht. Die Einschätzungen internationaler Experten werden Anfang April in der englischsprachigen Schwesterpublikation der Russland-Analysen, dem Russian Analytical Digest, in der Ausgabe Nr. 218 veröffentlicht.

Die Redaktion der Russland-Analysen

KOMMENTAR

Keine Veränderung der russischen Politik im Hinblick auf den Krieg im Donbass zu erwarten

Von Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Einleitung

Russland führt seit Februar 2014 einen verdeckten Krieg gegen die Ukraine. Nach der Annexion der Krim griffen die russischen Streitkräfte im Sommer 2014 offen in die Kampfhandlungen im ukrainischen Donbass ein und verhinderten so eine Niederlage der Kämpfer und Kämpferinnen (ukrainischer, russischer und anderer Herkunft), die sich dort gegen die Maidan-Revolution und die neue politische Führung in Kiew formiert hatten. Ab dem Spätsommer 2014 entstanden in den umstrittenen Territorien mit militärischer, politischer und wirtschaftlicher Unterstützung Russlands zwei quasi-staatliche Gebilde, die sich seitdem stabilisiert haben.

Verhandlungsblockade

Eine mögliche Lösung des Konflikts wird auf zwei Ebenen verhandelt: Seit Sommer 2014 existiert das sogenannte Normandie-Format, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands, das für die Aushandlung des Minsker Abkommens im September 2014 und des Maßnahmenpakets zu seiner Umsetzung im Februar 2015 maßgeblich war. Das Normandie-Format arbeitet konstant auf Berater-Ebene und tritt in unregelmäßigen Abständen auf höchster politischer Ebene zusammen. Darüber hinaus trifft sich in Minsk alle zwei Wochen die sogenannte trilaterale Kontaktgruppe, bestehend aus russischen und ukrainischen Vertreter/-innen und

koordiniert durch die OSZE. Auch Vertreter/-innen der sogenannten Volksrepubliken nehmen an den Gesprächen in Minsk teil, jedoch nicht in offizieller Kapazität als Verhandlungsdelegation, sondern als Beobachter/-innen. Weder die Trilaterale Kontaktgruppe noch das Normandie-Format konnten seit Februar 2015 größere Durchbrüche erzielen. Die Verhandlungen sind durch die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konfliktparteien blockiert. Sie dienen bislang in erster Linie dazu, Lösungen für unmittelbare Probleme auf der lokalen Konfliktebene zu finden und eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Moskau besteht darauf, dass es sich bei den Kampfhandlungen im Osten der Ukraine um einen innerstaatlichen Konflikt handelt und bezeichnet sich selbst als Vermittler zwischen Kiew und den Separatisten. Die russische Seite verweigert jede Anerkennung der eigenen direkten (durch militärische Handlungen) und indirekten (durch die Unterstützung der Separatisten) Involvement in den Konflikt. Dies erschwert die Kommunikation mit der ukrainischen Seite bis ins Unmögliche. Russland versucht immer wieder, den direkten Kontakt zwischen der Ukraine und den Separatisten zu erzwingen, was von Kiew strikt verweigert wird. Aus ukrainischer Perspektive, die Anfang 2018 auch in Gesetzesform gegossen wurde, ist Russland Aggressor und Besatzungsmacht, während die Separatisten als Handlanger Moskaus keine Rolle spielen – und in der ukrainischen Lesart des Konflikts ja auch nicht spielen dür-

fen. In dieser extrem polarisierten Situation verweigert die politische Führung in Kiew selbst solche Kontakte, die für Fortschritte in der Konfliktlösung wichtig wären.

Das Ziel der Politik Russlands im Donbass-Konflikt besteht darin, über die beiden nicht von Kiew kontrollierten Entitäten Druck auf die ukrainische Politik auszuüben. Dies richtet sich besonders gegen das ukrainische Streben nach euro-atlantischer Integration, das in Russland als existenzielle Bedrohung betrachtet wird. Die von der EU und den USA seit 2014 wegen der Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine gegen Russland verhängten Sanktionen haben zwar damals einer weiteren Eskalation des Konflikts entgegen gewirkt und helfen auch heute, eine solche Entwicklung zu verhindern. Aber sie haben das Kalkül, das der russischen Politik zugrunde liegt, nicht verändern können. Auch Vorstöße wie der des russischen Präsidenten Putin im vergangenen September, die Vereinten Nationen sollten eine Mission in den Osten der Ukraine entsenden, bleiben von dieser Logik geprägt. Dies darf beim Umgang mit solchen Vorschlägen wie mit dem Konflikt insgesamt nicht aus den Augen verloren werden.

Auch das ukrainische Verhalten im Donbass-Konflikt ist häufig nicht konstruktiv. Es ist jedoch Russland,

das durch sein Handeln den politischen Rahmen setzt und militärisch den längeren Hebel in der Hand hält. Um das Koordinatensystem dieses Konflikts so zu verändern, dass eine Konfliktlösung möglich und wahrscheinlich würde, müsste sich vor allem die russische Politik sehr grundlegend verändern.

Ausblick

Wladimir Putin hat sich am 18. März 2018 im Amt bestätigen lassen. Die politische Führung hat diese Präsidentschaftswahl zu einer Demonstration von Stärke und Stabilität gemacht. Tatsächlich zeichnet sich nicht ab, dass Moskau aufgrund politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Drucks von innen in absehbarer Zeit zu einem Politikwandel – auch im Hinblick auf die Ukraine – genötigt werden könnte. Ganz im Gegenteil werden die Gräben zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten eher tiefer, was auch für die Situation in der Ukraine nichts Gutes verheißt. Man wird sich deshalb darauf einstellen müssen, dass der geopolitische Kontext eine Lösung dieses Konflikts, der immer noch wöchentlich Todesopfer fordert und Hunderttausende von Menschen in Mitleidenschaft zieht, auch weiterhin verhindern wird.

Über die Autorin

Dr. Sabine Fischer ist Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien, Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin.

In der Falle.

Sechs weitere Jahre rechtspolitischer Stillstand

Von Caroline von Gall (Universität zu Köln)

Reformpropaganda

Im ersten Teil seiner Ansprache an die Föderalversammlung vom 1.3.2018 betonte Präsident Putin die Bedeutung von Freiheit, Zivilgesellschaft und Justiz für die Entfaltung von neuen Ideen und Wettbewerb als Voraussetzung für eine notwendige Modernisierung der russischen Wirtschaft. Doch jenseits der Wahlkampfpropaganda ist nicht damit zu rechnen, dass die dringend erforderlichen Reformen tatsächlich umgesetzt würden. Dafür bleibt die Rede zu sehr bei oberflächlichen Problembeschreibungen, es fehlt ein konkretes Programm. Darüber hinaus gehören derartige Reformankündigungen seit Jahren zur politischen Rhetorik Putins, ohne dass es tatsächlich zu Wirtschafts- oder Rechtsreformen gekommen wäre. Gerade in der dritten Amtszeit ist die Gesetzgebung stattdessen kontinuierlich repressiver geworden.

Durch unbestimmte Eingriffsbefugnisse und die willkürliche Anwendung der Gesetze wurde das Klima für zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig beschädigt. Justizreformen wurden nicht nur verschleppt, die Entwicklung unabhängiger Gerichte wurde aktiv behindert, u. a. wurde das von den Wirtschaftsakteuren besonders geschätzte Oberste Wirtschaftsgericht abgeschafft. Damit verschloss sich das autoritäre russische Regime nicht nur dem westlichen Rechtsstaatsmodell, sondern auch einer Entwicklung ähnlich der in China, wo auch ohne Gewaltenteilung und innerhalb eines Einparteiensystems nach einer Justizreform gestärkte Gerichte zu einem attraktiveren Wirtschaftsklima beitragen.

Letztlich sind notwendige Justizreformen im gegenwärtigen System auch gar nicht möglich. Das Regime

sitzt insofern in der Falle. Denn die Herrschaft der Politik über das Recht und die Gerichte (*rule by law* anstelle von *rule of law*) ist ein entscheidendes Attribut der Macht. Eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der Gerichte würde sie ihrer Herrschaftsinstrumente berauben. Die politische Führung eint außerdem die Erfahrung der 1990er Jahre, nach der jede Öffnung des Systems oder ein Umbau (Perestroika) zu einem nicht kalkulierbaren Stabilitäts- und Machtverlust führen. Die Herrschaft durch Recht ist gekennzeichnet durch eine hohe Bedeutung von Recht und Gerichtsurteilen als staatlicher Legitimationsquelle, nicht aber als Machtbeschränkung. Darüber hinaus dient das Recht der Repression und Einschüchterung durch Justiz- und Behördenwillkür. Dieses »Macht durch Recht« umfasst auch die Kompetenz zum kalkulierten Rechtsbruch. Es ist letztlich eine Herrschaft über das Recht. Dies zeigt sich in der Haltung zum Völkerrecht. Mit der Annexion der Krim setzt sich Russland bewusst über das Völkerrechtsverständnis der großen Mehrheit der Staaten hinweg. Innenpolitisch führte diese Machtdemonstration zu einem gesellschaftlichen Mobilisierungseffekt und erzeugte hohe Zustimmung. Statt wirtschaftlicher und sozialpolitischer Performanz sind die Konfrontation mit dem Westen, dessen liberalen Werten und der behauptete Großmachtstatus entscheidend für die Legitimation der Regierung Putins.

Insofern ist statt Reformen damit zu rechnen, dass die Repression gegen Opposition und Zivilgesellschaft anhält oder sich sogar verstärkt.

Verfassungspolitik

Das Ende der Amtszeit Putins im Jahr 2024 bedeutet für die Nutznießer der Korruption, aber z. B. auch die Drahtzieher des verdeckten Krieges in der Ukraine, ein noch größeres Risiko. Einen Nachfolger zu finden, der die Kontrolle über die Rechtsschutzbehörden, das Militär, die Wirtschaft und die Opposition weiter gewährleistet und den vielen Personen in der Machtvertikale Garantien gegen strafrechtliche Verfolgung und Lustration bietet, scheint kaum denkbar. Auch wenn Putin beteuert, er könne nicht ewig regieren, bleibt eine lebenslange Herrschaft für die Sicherung der Interessen der Eliten wohl alternativlos. Gestützt auf das offizielle Wahlergebnis 2018 wäre eine Änderung der Verfassung zur erneuten Wiederwahl Putins unter Berufung auf den Volkswillen durchsetzbar. In zahlreichen Reden hat Putin immer wieder betont, dass er seine Macht auf den Willen des Volkes stützt, der einzigen Quelle der Macht, die in der Verfassung (lediglich) ihren Ausdruck findet.

Eine programmatische Entscheidung für die Verfassungsentwicklung in der vierten Amtsperiode Wladimir Putins wurde bereits am 31.1.2018 gefällt. An diesem

Tag wählte der Föderationsrat den 75-jährigen Walerij Sorkin erneut zum Verfassungsgerichtspräsidenten. Die Wiederwahl Sorkins, der bereits seit 2003 im Amt ist, war durch verschiedene Gesetzesänderungen möglich gemacht worden.

Auch seine Wahl steht klar für Kontinuität. Sorkins wichtigste Eigenschaft ist Loyalität gegenüber der Politik. Mit Urteilen und Reden orchestriert er die staatliche Propaganda: Die Prinzipien der Verfassung, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, sind für ihn ein Leitbild. Vorrangig wären jedoch die Interessen des Staates, denn erst ein starker Staat könne die Freiheit auch sichern. Der Autoritarismus ist für ihn »Wegbegleiter«, der vor Chaos und Rechtlosigkeit schützt. Die von der Opposition geführten Proteste dienten in Sorkins Augen den egoistischen Interessen der Liberalen und dem Westen, schaden aber der Stabilität des Staates und damit dem Volk. Zuletzt hat das Verfassungsgericht den Ausschluss des nach russischem Recht vorbestraften Oppositionspolitikers Nawalnyj von der Präsidentschaftswahl legitimiert. Es rechtfertigte diesen Ausschluss mit dem notwendigen Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen: Die Möglichkeit, eine Person zu wählen, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, berge hohe Risiken für die rechtsstaatliche Demokratie, so das Verfassungsgericht (Entscheidung vom 18.1.2018, Nr. 13-0). Die verfassungsmäßigen Rechte Nawalnyjs und die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellten rechtsstaatlichen Probleme seiner Verurteilung werden dabei ignoriert.

Europarat

Sorkins neue Amtszeit spricht gleichwohl gegen einen freiwilligen Austritt Russlands aus dem Europarat. Sorkin betrachtet Russland als Teil Europas. Er genießt den Austausch und Vergleich mit anderen westlichen Gerichten und die Auseinandersetzung mit dem EGMR auf Augenhöhe. Eine entsprechende Isolation wäre für ihn eine Degradierung. In der Konfrontation beweist er seine Loyalität zur Macht. Er zeigt sich als Verteidiger der traditionellen russischen Werte gegenüber einer zu liberalen Außenwelt. Die »moralischen Grundlagen der Gesellschaft« sowie ihrer religiösen Identität bilden für ihn eine legitime Grundlage zur Begrenzung der Menschenrechte.

Ausblick

Letztlich dürfen die Chancen auf eine Rechtsstaatsreform aber weder unter- noch überschätzt werden. Kleine Inseln der Freiheit finden sich u. a. an den Universitäten, in einem engen Rahmen wird die Anschlussfähigkeit an das Ausland gefördert. In der Folge wird die staatliche Sicht auf das Recht in Lehre und Forschung durch-

aus in Frage gestellt. Zahlreichen russischen Anwälten gelingt es, die rechtsstaatlichen Probleme der russischen Justiz vorzuführen und vor dem EGMR beachtenswerte Urteile zu erzielen. Auch von ihnen wird es abhängen, ob sich in Russland in Zukunft alternative Vorstellungen von der Bedeutung und der Funktionsweise des Rechts politisch durchsetzen können. In der nächsten Amtszeit Waldimir Putins wird das nicht geschehen. Und auch darüber hinaus ist fraglich, ob die Vorstellung von der Unterordnung der Politik unter das Recht

und der Einschränkung der staatlichen Souveränität durch die Rechtsprechung internationaler Gerichte in Russland politisch erfolgreich sein kann. Die schwierigen Justizreformen in der Ukraine zeigen aktuell, dass der Aufbau einer unabhängigen Justiz angesichts von Korruption, einer eingeübten Herrschaft durch Recht, dem fehlenden Vertrauen in die Justiz und der fehlenden Bereitschaft der Richter, ihre Unabhängigkeit auch einzufordern, im post-sowjetischen Kontext eine Mammutaufgabe ist.

Über die Autorin

Caroline von Gall ist Juniorprofessorin am Institut für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung der Universität zu Köln. Sie forscht u. a. zur Justiz- und Verfassungsentwicklung in Russland und der Ukraine.

Großmachtnarrativ und Konfrontation mit dem Westen: Putin geht den Weg des geringsten Widerstands

Von Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

Einleitung

Wladimir Putin hat die russische Präsidentschaftswahl am vergangenen Sonntag wie erwartet gewonnen. Mit 76 % der abgegebenen Stimmen für Putin bei einer Wahlbeteiligung von 67 % soll das Ergebnis der russischen Bevölkerung wie auch der Welt die hohe Legitimität des Regimes und seiner Politik vor Augen halten. Putin und seine Riege können erst einmal aufatmen, immerhin stand bei dieser Wahl viel auf dem Spiel: Es ging vor allem darum, politischen Dissens innerhalb der Bevölkerung zu unterbinden; und um nicht weniger als darum, ein stabiles Terrain für die politische Zukunft Russlands nach 2024 zu bereiten. Um dies zu erreichen, hat Putin im Wahlkampf fast ausschließlich auf eine Rhetorik der Stärke und die anti-westliche Mobilisierung der Bevölkerung gesetzt, anstatt Lösungen für drängende innenpolitische Fragen anzubieten. Er ist so den Weg des geringsten Widerstands gegangen. Es ist anzunehmen, dass dieses Prinzip auch nach der Wahl die Politik Moskaus bestimmen wird. Ob dabei auch wieder eine Annäherung mit dem Westen möglich wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, in welche Richtung sich die internationalen Beziehungen entwickeln. Aktuell spricht alles dafür, dass Moskau seine Ziele eher erreicht, wenn es im Konfliktmodus mit dem Westen bleibt.

Anti-westliche Mobilisierung in Russland war einfach und erfolgreich

Während bereits am Tag nach der Wahl Vorwürfe laut wurden, es habe beim Urnengang am 18. März vieler-

orts Unregelmäßigkeiten gegeben, so dürfte doch sicher sein, dass eine große Mehrheit der Wähler und Wählerinnen ihre Stimme tatsächlich für Putin abgegeben und damit ihre Zustimmung zur Kernaussage Putins im Wahlkampf gegeben hat: Russland ist einer massiven äußeren Bedrohung ausgesetzt, genauer gesagt, einer Bedrohung durch den Westen, und nur ein starkes Russland kann sich gegen diese Bedrohung zur Wehr setzen. Um Russlands innere Probleme ging es im Wahlkampf nur am Rande. Wirtschaftskrise, Stagnation, schwacher Rubel – alles eine Folge westlicher Sanktionen. Putin hat Russland in den heimischen Medien offenbar erfolgreich als Opfer westlicher Destabilisierungsbemühungen dargestellt.

Wie überhaupt der Westen für Putins antiwestliche Stimmungsmache in den vergangenen Monaten mehrere Steilvorlagen geliefert hat und so unfreiwillig zum Wahlhelfer wurde: Seien es die Debatten in den USA um Russlands Rolle in den letzten Präsidentschaftswahlen, von Russland aus mutmaßlich gesteuerte Cyber-Attacken auf europäische Länder oder Vorwürfe, Russland habe Staatsdoping betrieben, gefolgt vom Ausschluss der russischen Mannschaft von der Winterolympiade in Südkorea – in all diesen Fällen hat Putin es geschafft, westliche Reaktionen auf vermeintliches russisches Fehlverhalten zu seinem Vorteil zu nutzen und die Zustimmung zu seiner Person und Politik in der Bevölkerung zu steigern. Zuletzt hatte die Affäre um den ehemaligen Doppelagenten Skripal die Wellen höher schlagen lassen. Auch hier wird vermutet, dass die scharfe Miss-

billigungsrhetorik aus dem Westen und die Sanktionierung durch London auf den letzten Metern nochmal einige Wähler mehr an die Urnen getrieben haben.

Konflikte mit dem Westen bergen im aktuellen internationalen Klima wenig Risiken

Das Wahlergebnis verschafft Putin nicht nur Handlungsspielraum nach innen, sondern auch Rückenwind für die Außenpolitik und insbesondere für die Auseinandersetzung mit dem Westen in schwierigen Interaktionsfeldern. In dem selbst inszenierten Bild von einem starken Russland bestärkt, wird Moskau voraussichtlich deutlicher als bisher auf die Anerkennung seiner Interessen beharren und dies selbstbewusst wahlweise über diplomatische Charmeooffensiven oder militärische Drohgebärden zu flankieren versuchen. Im Ergebnis soll der Westen in Zugzwang versetzt werden. So würde es der Kreml im Ukraine-Konflikt nur allzu gerne sehen, wenn der Westen auf die Position Russlands einging oder gar die Sanktionsschraube gegen Russland zu lockern begännen.

Über die Autorin

Dr. phil. Regina Heller ist seit 2009 Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Sie studierte Politikwissenschaft, Ostslawistik und osteuropäische Geschichte in Mainz, Hamburg und Middlebury, VT. 2014 – 15 vertrat sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Die vierte Amtszeit Putins: Wird Russland weniger oder stärker berechenbar?

Von Alexander Libman (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Einleitung

Mit der Wiederwahl von Wladimir Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation steht das Land jetzt nur wenige Jahre vor dem dritten Jahrzehnt der Ära Putin. Dabei scheint das Regime trotz der innen- und außenpolitischen Herausforderungen stabil zu sein.

Was bedeutet dies längerfristig für die Funktionsweise der russischen Politik? Während der letzten Amtszeit von Putin (2012 – 2018) zeigte die russische Führung wiederholt, wie schwierig es ist, Vorhersagen über ihre Pläne und Intentionen zu machen. Seit der Krim-Krise bleibt Russland ununterbrochen eine Quelle der Überraschungen für die internationale Politik. Andererseits haben sich aber viele Prognosen der innenpolitischen Verschärfung (z. B. Schließung der Grenzen, systematische Ideologisierung des Regimes, Verfassungsänderungen, Enteignung

Mit einem außenpolitischen Kurs, der den Westen verstärkt unter Druck setzt, geht Russland kein großes Risiko ein. Denn es ist in zunehmendem Maße der Westen, und nicht Russland, der im derzeitigen internationalen Klima ohnehin allorts unter Druck zu stehen scheint. Russland kommt die internationale Dynamik zupass: Je lauter auch im Westen Abgrenzungs- und Feindschaftsdiskurse werden, je größer die politischen Fliehkräfte innerhalb der EU und im transatlantischen Verhältnis, je mehr US-Präsident Trump gegenwärtige Kooperationsstrukturen ins Wanken oder sogar zu Fall bringt, und je mehr China weltpolitisch nach vorne drängt, umso leichter wird Russland im Windschatten dieser Entwicklungen fahren und seine Großmachtphantasien ausleben können. Von der Verstärkung des Drucks zur Konfrontationslogik ist der Weg nicht weit; der Weg zurück zu einem konstruktiven Dialog und Verhältnis zwischen Russland und dem Westen dafür umso länger.

von Objekten ausländischer Direktinvestition) nicht bewahrheitet.

Ist also heute die russische Innen- und Außenpolitik als mehr oder weniger berechenbar einzustufen als in den früheren Amtszeiten Putins? Ursprünglich wurde Putin mit dem Versprechen von Stabilität zum Präsidenten Russlands gewählt. Diese Stabilität war nach dem Chaos der 1990er Jahre vielen Russen willkommen. Stimmt es nach wie vor, dass Putin für Stabilität steht, oder sind neue Überraschungen zu erwarten?

Mehr Stabilität: If It Ain't Broke Don't Fix It

Das russische Regime zeigt sich unfähig, die russische Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen, Korruption zu reduzieren oder die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Doch aus Sicht des Macht- und

Amtsinhabers hat das bestehende System einen entscheidenden Vorteil: Es scheint hervorragend das Problem zu bewältigen, sein eigenes Fortbestehen sicherzustellen. Es gibt dabei drei entscheidende Mechanismen, die die Stabilität des Systems Putins gewährleisten: Eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Wirtschaftslenkung, punktuelle Repressionen und effiziente Propaganda.

Russland bleibt – trotz des permanent steigenden Anteils des Staatseigentums – im Kern eine Marktwirtschaft. Die Preise werden durch das freie Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt; es gibt kein staatliches Handelsmonopol und keine staatlichen Behörden, die den Wirtschaftsakteuren Investitions- oder Produktionsentscheidungen vorschreiben. Die Staatsverschuldung Russlands ist auf einem sehr niedrigen Niveau; die Inflation bleibt wegen einer effizienten Politik der Zentralbank unter Kontrolle; und die Regierung verzichtet auf massive Einkommensumverteilung durch Steuern und Subventionen. Putin wehrt also erfolgreich die Versuchung einer linkspopulistischen Wirtschaftspolitik ab, obwohl sie sehr wahrscheinlich in der russischen Bevölkerung starke Unterstützung bekommen würde.

Marktwirtschaften haben einen entscheidenden Vorteil: Sie sind fähig, sich sogar an die schlechtesten politischen Bedingungen anzupassen und der Mehrheit der Bürger ein gewisses Einkommen und eine Grundversorgung zu sichern. Ein wirtschaftlicher Kollaps wie der in der UdSSR in den 1980er Jahren ist im heutigen Russland ausgeschlossen, und eine schleichende Verschlechterung der Lebensbedingungen reicht nicht aus, um die Lage zu destabilisieren.

Die Art und Weise, in der das Regime in Russland Repressionen einsetzt, ist für Autokratien vorbildhaft. Anders als das sowjetische Regime, das eine flächendeckende Kontrolle anstrebte, werden im heutigen Russland Repressionen nur in wenigen Einzelfällen eingesetzt. Dabei ist der konkrete Einsatz von Repressionen gegen einzelne Individuen nicht vorhersehbar: Identische Handlungen können zu staatlicher Verfolgung oder zu gar keiner Reaktion der Sicherheitsbehörden führen. Das bedeutet erstens, dass die meisten Bürger, die sich apolitisch verhalten, nicht von Repressionen betroffen sind und keinen Anreiz haben, sich für eine Veränderung des politischen Regimes einzusetzen. Zweitens, braucht in Russland das Regime gar nicht in jedem einzelnen Fall einer möglichen politischen Illoyalität zu intervenieren: Selbst die Wahrscheinlichkeit von Repressionen reicht aus, um die meisten dazu zu bringen, sehr vorsichtig mit politischen Themen umzugehen. Diese aus Eigeninteresse erwachsende Selbsteinschränkung geht viel weiter, als das, was der Staat durch systematische Kontrolle je erzielen könnte.

Dazu kommt noch die Propaganda, die sehr erfolgreich die Aufmerksamkeit der Bürger von den wirtschaftlichen Problemen ablenkt, den Fokus auf die internationale Politik verschiebt und die Schuld an allen Problemen den »Feinden« und Rivalen im In- und Ausland zuschreibt.

Aus dieser Sicht hat Putin kaum einen Anreiz, Veränderungen an der Funktionsweise seines Regimes vorzunehmen – und zwar weder in Richtung einer Liberalisierung noch in Richtung schärferer Kontrollen und Repressionen. Die russische Politik muss aus dieser Sicht in den kommenden Jahren sehr stabil bleiben.

Weniger Stabilität: Fehler und Übereifer

Da aber das Regime permanent mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert wird, müssen Entscheidungen getroffen werden – um den Staatshaushalt zu füllen, um die Konflikte zwischen unterschiedlichen Elitengruppen unter Kontrolle zu halten oder um auf außenpolitische Veränderungen zu reagieren. Diese Entscheidungen werden im heutigen Russland durch eine immer kleiner werdende Gruppe um Putin herum getroffen: Die Rolle der Experten, der öffentlichen Meinung oder selbst einzelner Elitengruppen wird dabei immer geringer. Dadurch erhöht sich permanent die Wahrscheinlichkeit von Fehlern, nämlich dadurch, dass die Entscheidungen ohne Berücksichtigung aller möglichen Neben- und Folgewirkungen gemacht werden und auf diese Weise neue Probleme verursachen. Je mehr Fehler es gibt, desto schwieriger ist es, auf sie zu reagieren, ohne neue Fehler zu begehen.

Man darf auch nicht vergessen, dass viele Entscheidungen in Russland nicht durch die höchste politische Spitze getroffen werden, sondern durch regionale oder lokale Bürokraten. In ihrem Übereifer, dem Regime Treue zu zeigen, gehen sie gelegentlich viel weiter, als es von der politischen Führung erwünscht wäre – wenn es zum Beispiel um Repressionen und Strafen wegen angeblicher Illoyalität geht. Für das Regime ist der Umgang mit diesen Beamten eine große Herausforderung. Die politische Führung kann es sich in vielen Fällen nicht erlauben, die Entscheidungen dieser Bürokraten zu revidieren (das könnte als Zeichen der Schwäche gedeutet werden), obwohl sie objektiv dem Interesse des Regimes entgegenstehen.

Resümee

Zusammenfassend kann man feststellen, dass das Regime in Russland hohen Risiken ausgesetzt ist, obwohl es das Ziel, die Macht Putins zu erhalten, effizient gewährleisten kann. Die Risiken werden allerdings nicht durch objektive soziale oder wirtschaftliche Pro-

zesse verursacht, sondern durch die steigende Wahrscheinlichkeit subjektiver Fehler.

Dies führt zu einer paradoxen Lage: Obwohl objektiv der Status Quo des Regimes alle Ziele Putins erfüllt und das System sehr stabil sein müsste, ist trotzdem –

wegen des Vorgehens einzelner Bürokraten oder unbeabsichtigter Folgen schlecht durchdachter politischer Entscheidungen – mit Überraschungen und teuren Fehlkalkulationen zu rechnen.

Über den Autor

Alexander Libman ist Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München.

In der Wagenburg – Putins Russland nach der Präsidentschaftswahl

Von Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)

Wladimir Putins Wiederwahl

Wladimir Putins Wiederwahl fand vor dem Hintergrund einer umfassenden Kontrolle und Durchorganisation der Wahl statt. Dazu zählte die Nichtzulassung von Alexej Nawalnyj, dem einzigen Kandidaten mit einem echten Wahlkampf und echten Themen, dem es über soziale Netzwerke gelungen war, vor allem junge Russen auf die Straßen zu bringen. Als Erfahrung aus den Massendemonstrationen vor der Wahl 2012 wurde dieses Mal nichts dem Zufall überlassen. Einzige Herausforderung in einer Wahl ohne Wahl: Die Wähler überhaupt an die Wahlurnen zu bringen, um so die Legitimierung Putins als nationale Führungsfigur abzusichern. Mit einem Anreiz- (Gewinnspiele) und Bestrafungssystem (Druck auf Studenten und öffentliche Angestellte ihre Wahl zu dokumentieren) ist das bei einer Wahlbeteiligung von 67 Prozent und einer Zustimmung für Putin von 76 Prozent gelungen, auch wenn die unabhängige Wahlbeobachtungsorganisation Golos von einer Vielzahl von Verstößen berichtete. Zwar wünschen sich, wie das unabhängige Meinungsforschungsinstitut Lewada zeigt, die Russen mehrheitlich Veränderung, doch sind sie nicht bereit, dafür auf die Straße zu gehen oder gar etwas von ihrem Wohlstand abzugeben. Das ist anders als 2011/12 als die inzwischen geschrumpfte Mittelklasse bereit war, für den Wandel zu demonstrieren.

Beziehungen nach außen und im Inneren

Einher ging diese Wiederwahl mit wachsenden Provokationen gegenüber dem Westen. Zur Verschlechterung der Beziehungen trugen neben fehlenden Kompromissen in der Ostukraine zur Schaffung eines Waffenstillstandes und der brutalen Bombardierung einer der letzten Rebellenhochburgen in Syrien in Ost-Ghuta, vor allem Putins Drohung mit neuartigen Waffen in seiner Rede zur Lage der Nation Anfang März sowie der Gift-

gasanschlag auf den Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Salisbury bei. Wer glaubt, dass sich nach der Wahl eine Entspannung anbahnen wird, irrt. Wie Umfragen von Lewada zeigen, hat sich die Beliebtheit Putins von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes seit der Krim-Annexion 2014 abgekoppelt. Bestand bis dahin ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen und der Beliebtheit des Präsidenten, so bleibt Putin gleich populär trotz seit Jahren sinkenden Wohlstandes.

Weiterhin haben die steigenden Ölpreise dem Regime wieder ökonomische Spielräume beschert, die neben der militärischen Modernisierung auch etwas Geld für Sozialleistungen übrig lassen werden. Die erfolgreiche makroökonomische Politik der letzten Jahren mit geringer Inflation, Stabilisierung der Banken und einem Abbau bürokratischer Hindernisse gehen einher mit einer Neuausrichtung des Wachstumsmotors nach innen. Dabei soll die Abhängigkeit vom Rohstoffsektor durch einen Bauboom für Wohnungen und Infrastruktur sowie der Förderung des Dienstleistungssektors abgeschwächt werden. All das lässt nichts Gutes ahnen für die Einflussmöglichkeiten des Westens und die Kompromissbereitschaft von Wladimir Putin in den nächsten 6 Jahren.

Jegliche Kritik an Putins Russland aus dem Ausland wird inzwischen durch die immer gleichen Argumente wie Russophobie, Diffamierung von Russland oder Doppelmoral abgewiesen. Wladimir Putin ist es egal, ob ihn der Westen kritisiert, im Gegenteil, er scheint daraus innenpolitisch Kapital zu schlagen. Schafft er es, Russland ökonomisch weiter von den Rohstoffpreisen abzukoppeln, militärische Machtdemonstrationen fortzusetzen und die Mehrheit der Russen hinter seiner aggressiven Rhetorik zu vereinen, dann kann er die geringen Wachstumsraten in den nächsten Jahren gut

wegstecken. Zu viel Wachstum erscheint aus russischer Führungsperspektive sowieso nicht gut, da es die russische Mittelschicht wieder wachsen lassen würde und die Gesellschaft vom Krisen- auf den politischen Beteiligungsmodus umstellen könnte.

Schlussfolgerung für uns

Was bleibt für Deutschland und die EU? Nicht hysterisch auf russische Aggressionen reagieren, wie das Theresa May im Kontext des Giftgasanschlages kürzlich tat, sondern sich mittelfristig im Klaren sein, dass aggressive Rhetorik sowie Kompromisse ohne Gegenleistungen nur Putins Position stärken werden. Hausaufgaben machen und die Einflussmöglichkeiten Russlands in Europa und zentralen Krisen weltweit beschränken. Gleichzeitig militärisch jede Provokation so abzusichern, dass sie zu teuer für Putin wird. Hierbei geht es auch

darum, der russischen Führung nicht die Eskalationsdominanz in Konflikten und Kommunikationsüberhoheit über bestimmte Entwicklungen zu geben. Weiterhin sollte langfristig auf einen gesellschaftlichen Wandel in Russland gesetzt werden, denn Putins Politik ist nicht nachhaltig. Stagnation für Stabilität wird vor allem der jungen Generation nicht ewig reichen. Nicht nur mit den Liberalen in Russland reden, sondern auch mit Nationalisten und Patrioten, die eher die Zukunft Russlands prägen werden. Es sollte mehr in den Kontakt zur russischen Gesellschaft investieren (z. B. über Visaerleichterungen, Schüler und Studentenaustausche), damit die Wagenburg sich nicht schließt und unser Bild von Russland ausschließlich von Wladimir Putin geprägt wird.

Eine frühere Fassung dieses Artikels ist am 19.03.2018 im Handelsblatt erschienen.

Über den Autor

Stefan Meister leitet das Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Putins letzter Coup

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

Einleitung

Russland vor der Wahl und Russland nach der Wahl – sie sehen sich zum Verwechseln ähnlich. Die Präsidentschaftswahlen am 18. März 2018, nicht zufällig abgehalten am Tag der Annexion der Krim vor vier Jahren, brachten keine Überraschungen. Da das Ergebnis im Voraus feststand, richtete sich der Blick auf die Wahlbeteiligung als Gradmesser für das Vertrauen in das System. Das deklarierte Ziel des Putin-Teams waren 70 % Zustimmung bei 70 % Wahlbeteiligung. Nach einer massiven Mobilisierungskampagne, die alle Bereiche des alltäglichen Lebens erfasste, sah es nach den ersten Hochrechnungen am Wahltag zunächst so aus, als sei das deklarierte Ziel deutlicher verfehlt worden, als es am Ende laut offiziellen Angaben der Fall war. Den amtlichen vorläufigen Ergebnissen zufolge lag die Wahlbeteiligung bei knapp über 67 %. Regionale Differenzen in der Wahlbeteiligung sind hierbei besonders interessant, aber bisher schwer einzuschätzen. Am Wahltag meldeten unabhängige Beobachter zum Beispiel eine sehr geringe Wahlbeteiligung in Tschetschenien, das in den letzten Jahren zu den Regionen mit der höchsten Beteiligung und Kreml-Loyalität gehörte. Auf regionaler Ebene scheint es auch eine Korrelation

zwischen von offizieller Seite berichteter hoher Wahlbeteiligung und den für Putin abgegebenen Stimmen zu geben. Letztendlich werden die realen Zahlen vermutlich nie bekannt werden.

Was kommt nach Putin?

Bei aller Kontinuität markiert der 18. März doch eine wichtige Zäsur: Es ist der Beginn von Putins letzter Amtszeit, zumindest wenn es nach der russischen Verfassung geht. Sein Zeitfenster reicht jetzt bis 2024, doch die Frage der Nachfolge stellt sich nun mit erhöhter Dringlichkeit. Auch wenn ein paar Namen kursieren, darunter immer wieder der von Verteidigungsminister Schoigu, so bleibt der Nachfolger (eine Frau wäre eine Überraschung) die große Unbekannte. Es liegt in Putins Interesse, sich nicht zu früh auf eine Person festzulegen. Als er selbst von Boris Jelzin zum Nachfolger gekürt wurde, war auch er vielen außerhalb St. Petersburgs noch unbekannt. Wichtig ist nicht nur die Person, sondern auch der Zeitpunkt, zu dem Putin als Präsident abdanken wird. Er wird versuchen, diesen Prozess zu kontrollieren, nicht nur um sich persönlich abzusichern, sondern auch, um sein Vermächtnis in die russische Zeitgeschichte einzuschreiben. Zu seinem kon-

trolierten Abgang gehört es, das Regime von innen mit loyalen Vertretern der unter ihm sozialisierten Eliten soweit zu erneuern, dass das System selbst Kontinuität gewährleistet und der eigentliche Personalwechsel an der Spitze damit fast zweitrangig wird. Es ist in Putins Interesse, die Rolle seines Nachfolgers im Voraus zu relativieren. Dies wäre Putins letzter Coup, und er arbeitet bereits daran. Der Kreis seiner Vertrauten hat sich zunehmend verengt. Loyalität zu Putin, ein technokratischer Ansatz und Verbindungen zu den Sicherheitsstrukturen sind die Rekrutierungskriterien. Ob die jüngere, ganz unter Putin aufgewachsene Generation zu dieser Strategie passt, muss sich noch zeigen. Diverse Umfragen des unabhängigen »Lewada-Zentrums« zeigen, dass die Jugend die konservativste Bevölkerungsgruppe ist, und doch fiel in den letzten Monaten die Sichtbarkeit von Jugendlichen bei lokalen Protesten und in Alexej Nawalnyjs Bewegung auf.

Putin ist das berühmte »King's Dilemma« bewusst: Jeder Machthaber, der sich in einem nicht demokratischen Staat auf Reformen einlässt, selbst wenn diese nur auf Teilaspekte des Systems abzielen, läuft Gefahr, über kurz oder lang selbst von einem sich verselbständigenden Reformprozess überrollt zu werden. Das konkrete Beispiel für Putin ist hier das Ende der Sowjetunion: Michail Gorbatschow entschied sich für die Lockerung des ideologischen und institutionellen Rahmens des Sowjetsystems mit dem Ziel, die Wirtschaft zu beleben und neue Legitimität für das politische System zu erwirken. Wenige Jahre später hatte er sein Amt verloren, und die Sowjetunion löste sich auf. Dieser allgegenwärtige Bezugspunkt lässt es als ausgeschlossen erscheinen, dass Putin ein umfassendes Reformprogramm erwägt. Eine wirtschaftliche Modernisierung, wie sie von Alexej Kudrin, dem einzigen prominenten liberalen Reformen, vorgeschlagen wurde, oder gar eine Öffnung des politischen Systems stellt ein zu großes Risiko dar. Ähnlich wie in der späten Sowjetzeit ist der Moment einer akuten Wirtschaftskrise noch nicht erreicht – trotz wachsender Probleme, die sich vor allem auf regionaler und lokaler Ebene zeigen. Putin wird darauf hoffen – solange der Ölpreis, von dem die russische Wirtschaft abhängt, stabil bleibt –, sich selbst genug Zeit für einen respektablen Abgang verschaffen zu können.

Putins letzte Amtszeit

Kontinuität in der Außenpolitik verbunden mit einigen innenpolitischen Verschiebungen, so lässt sich der zu

erwartende Kurs zusammenfassen. Es war vor allem die Außenpolitik, aus der Putin in den letzten Jahren seine Popularität ableiten konnte. Die Annexion der Krim, der Krieg in der Ostukraine, der Krieg in Syrien und die konfrontative Rhetorik in Reaktion auf das westliche Sanktionsregime signalisierten für die Mehrheit der russischen Bevölkerung die Rückkehr zum Großmachtstatus. In der letzten Zeit gibt es die Anzeichen dafür, dass außenpolitische Fragen allein als Legitimitätsgrundlage nicht mehr ausreichen. Die Annexion der Krim ist nach wie vor populär trotz der damit verbundenen hohen Kosten, doch der Krieg in der Ukraine und vor allem Syrien sind keine Prioritäten für die Bevölkerung. Putin muss nun in seiner Politik wieder zunehmend sichtbare innenpolitische Erfolge erzielen. Dafür bleibt etwas Raum, der allerdings beständig enger wird. Er wird versuchen, die sozialen und wirtschaftlichen Nöte und Interessen der Bevölkerung zu beschwichtigen. Dazu gehören zum Beispiel die in Umfragen genannte Hoffnung auf einen höheren Lebensstandard, ein besseres Bildungssystem, bessere medizinische Versorgung und mehr Spielraum für kleine und mittlere Unternehmen – und der Versuch, die Verantwortung für hohe Sozialkosten auf die regionalen Gouverneure abzuwälzen. All dies erkaufte dem Präsidenten Zeit. Selbst wenn es Unzufriedenheit im Land gibt, so braucht es auch eine konkrete politische Alternative, damit aus Unzufriedenheit die soziale Mobilisierung für einen Regimewechsel entsteht. An einer solchen Alternative fehlt es bisher.

Lokale Proteste haben sich in den vergangenen Jahren verdichtet. Sie entzündeten sich meist an sozialen Themen, wie etwa dem angedrohten Abriss von Wohnhäusern oder den Tarifen von Kommunalleistungen. Mitunter präsentieren sie sich bewusst als »apolitische« Proteste. Diese haben sich über die regionalen Zentren Russlands hinaus ausgeweitet, und die Verbindungen zwischen einzelnen Protesten und ihren Akteuren sind gewachsen. Die Oppositionsbewegung von Alexej Nawalnyj, der wirtschaftlich liberale Ideen mit rechtsnationalistischer Rhetorik verknüpft, konzentriert sich ganz bewusst auf den Ausbau dieser dezentralisierten Mobilisierungsstrukturen. Wenn das System an anderer Stelle aufbricht oder der Abgang Putins abrupt geschehen sollte, könnten diese Strukturen an Bedeutung gewinnen. Sie garantieren allerdings keine Demokratisierung Russlands. Diesem Wunschdenken sollte sich im Westen niemand hingeben.

Über die Autorin

Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin und Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Oxford.

Dystopische Wahlmonarchie

Von Dirk Uffelmann (Universität Passau)

Einleitung

Da hat die russische Wählerschaft Wladimir Wladimirowitsch Putin also eine vierte Amtszeit als Präsident der Russischen Föderation beschert. Wollte man dem vorläufigen offiziellen Wahlergebnis glauben, hätte er über 76 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit zum vierten Mal gleich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten, diesmal zudem die höchste absolute Stimmenzahl aller russischen Präsidentschaftswahlen seit 2000. Diese postdemokratische Kontinuität eines stets aufs Neue wiedergewählten Amtsträgers erscheint nicht nur dem westlichen russlandkritischen Diskurs altbekannt (etwa Steven Lee Myers in seinem Buch »The New Tsar«, 2015), sondern wirkt auch aus einer ganzen Welle russischer literarischer und filmischer Dystopien der 2000er-Jahre mit deren Imaginationen von neoautoritären Herrschaftsformen vertraut.

Prophezeiungen

Deren Autorinnen und Autoren nehmen für sich in Anspruch, in ihren fiktionalen Extrapolationen einer undemokratischen Zukunft Russlands spätere politische Entwicklungen vorhergesehen zu haben. So meinte Viktor Pelewin 2000, mit den fiktiven Politiker-Dummies aus seinem Roman »Generation P« von 1999 die Manipulation des Wahlvolks mit fabrizierten Fernsehbildern vorhergesehen zu haben: »Als ich letzten Herbst in Berlin war, las ich in der Zeitung, unser Fernsehen habe [gefälschte] Bänder von Verhandlungen zwischen Berezowski und irgendwelchen tschetschenischen Kommandeuren ausgestrahlt – als ob jemand eines meiner Romankapitel verfilmt hätte.« (s. in d. Lesetipps: Keller: Im Paradies der Hölle, S. 6).

Vladimir Sorokin, der Altmeister des Moskauer Konzeptualismus, formuliert in seinen in der nahen Zukunft spielenden Texten seit 2006 nicht selbst vermeintliche Voraussagen, sondern greift den Diskurs der dystopischen Prophezeiung insgesamt auf und stellt aus, wie dieser Diskurs funktioniert. Den Anfang dieser metadiskursiven Inspektion von Dystopien machte er mit »Der Tag des Opritschniks« von 2006: Darin gebietet der mit »Gosudar« (»Herrscher«) angeredete Monarch eines Russlands von 2028 über eine Terrortruppe, die nicht zufällig den Namen der gefürchteten Opritschnina Iwans IV. (des »Schrecklichen«) trägt. Die vormodern anmutende Gewaltherrschaft des Monarchen wird im Roman mit futuristischen technischen Mitteln wie

gasförmigen Nachrichtenblasen durchgesetzt, weshalb Mark Lipovetsky Sorokins Verschränkung von repressiven Methoden der Vormoderne mit avancierter Technologie 2012 als »Retrozukunft« beschrieben hat.

Diese Retrozukunft bestimmt auch Sorokins Epischenroman »Telluria« von 2013. Episode XXIII handelt vom sonnengebräunt-maskulinen Präsidenten eines künftigen Kleinstaats im südlichen Sibirien. Der fiktive Präsident namens Jean-François Trocart unternimmt darin eine Bergabfahrt mit futuristischem Fluggerät, das von Charles Lindbergh wie von James Bond her bekannt vorkommt, aber auch an Wladimir Putins theatralischen Ultraleichtflieger-Ausflug zur Begleitung sibirischer Kraniche vom 5. September 2012 erinnert.

Von den ins agrarische Mittelalter zurückgefallenen Einwohnerinnen und Einwohnern seiner gerade einmal das Altai-Gebirge umfassenden »Republik Tellurien« wird der über ihre Köpfe hinwegsegelnde Präsident, wie der Erzähler normativ behauptet, abgöttisch geliebt, was Trocart schon an der Form der Rauchsäulen aus ihren Berghütten ablesen zu können glaubt: »Im Tal kamen die ersten Bauernhöfen in Sicht und Rauch, aufsteigender Rauch, Rauch, der nur eines bedeuten konnte: Wir warten auf dich, wir lieben dich [Präsident]. Er ward erwartet. Er ward geliebt.« (Siehe in d. Lesetipps: Sorokin: Telluria, S. 209).

... und die Person Putin

Präsident Putins Elektorat in der Provinz artikuliert seine abgöttische Liebe, indem es den superreichen Präsidenten aus der flächendeckenden System- und Korruptionskritik ausnimmt und den halb ernst gemeinten, halb ironischen Kult um die Person des Präsidenten in Form von Putin-Konterfeis auf T-Shirts, Smartphone-Hüllen, in Graffitis und populären Internet-Memen (inventarisiert in dem 2016 erschienenen Buch »W glawnoj roli« – »In der Hauptrolle. Putin in der Gegenwartskultur«) konsumiert – ein banaler, retrofuturistischer Monarchismus. Alle paar Jahre – durch theatralisch-futurologische TV-Inszenierungen wie die versetzte Rede zur Lage der Nation des Präsidenten am 1. März 2018 sichergestellt – manifestiert das Wahlvolk an der Urne seine ungebrochene Verehrung und wählt sich seinen Monarchen wieder, in den inneren Kolonien im Nordkaukasus und im fernen Osten des asiatischen Teils Russlands mit mehr als 90 % der Stimmen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Dirk Uffelmann ist Professor für Slavische Literaturen und Kulturen an der Universität Passau, Russist, Polonist und Bohemist, befasst sich u. a. mit russischer Gegenwartsliteratur und politischen Imaginationen sowie mit dem russischsprachigen Internet außerhalb der Grenzen der Russischen Föderation. Er schreibt gegenwärtig einen »Companion to Sorokin«.

Lesetipps

- Keller, C.: Im Paradies der Hölle. E-mail-Grüße aus Moskau. Christoph Keller liest Viktor Pelewins Bücher und korrespondiert mit ihm über »Generation P«, in: Literaturen 2000, Nr. 11, S. 4–12.
- Myers, S. L.: The New Tsar: The Rise and Reign of Vladimir Putin. London et al.: Simon & Schuster 2015.
- Sorokin, V.: Telluria. Roman, a.d. Russ. von Kollektiv Hammer und Nagel. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2015.
- Uffelmann, D.: Eurasia in the Retrofuture: Dugin's 'tellurokratiia', Sorokin's *Telluriia*, and the Benefits of Literary Analysis for Political Theory, in: Die Welt der Slaven 62.2017, Nr. 2, S. 360–384.

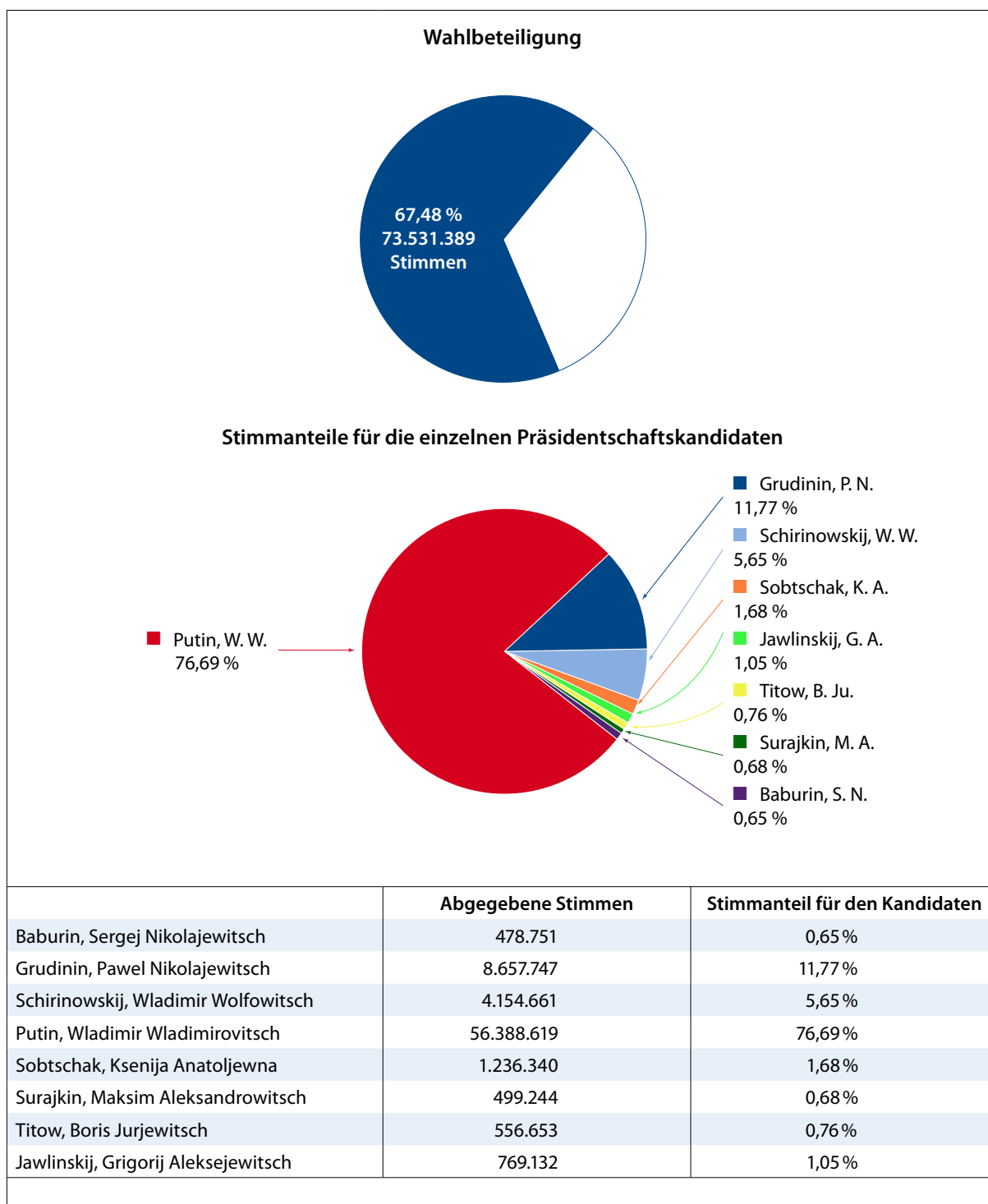
DOKUMENTATION

Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 18. März 2018*Wahlbeteiligung und vorläufige Stimmauswertung vom 19. März 2018***Tabelle 1: Auswertung der Stimmzettel nach Anzahl der Stimmen**

Wahlberechtigte	108.960.093
An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzettel	102.786.480
Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	215.229
Stimmzettel an Wähler am Wahltag zur Abstimmung in Wahllokalen	68.546.242
Stimmzettel an Wähler am Wahltag zur Abstimmung außerhalb von Wahllokalen	4.820.521
Entwertete Stimmzettel	29.203.546
Stimmzettel in mobilen Urnen	5.034.003
Stimmzettel in ortsfesten Urnen	68.497.386
Ungültige Stimmen	790.242
Gültige Stimmen	72.741.147
Verlorengegangene Stimmzettel	1.046
Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	104

Quelle: Zentrale Wahlkommission Russlands, vorläufige Wahlergebnisse für die Wahlen am 18. März 2018, <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100084849066&vrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=100100084849066&ctype=226>, veröffentlicht am 19. März 2018.

Grafik 1: Absolute Anzahl der Stimmen und Stimmanteile für die einzelnen Präsidentschaftskandidaten



Quelle: Zentrale Wahlkommission Russlands, vorläufige Wahlergebnisse für die Wahlen am 18. März 2018, <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&ctvd=100100084849066&vrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=100100084849066&type=226>, veröffentlicht am 19. März 2018.

Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute

Tabelle 2: Wahlprognosen, -befragungen und Exit Polls des Meinungsforschungsinstituts WZIOM zur Wahlbeteiligung

	Befragung des WZIOM 5. – 7. März 2018*	Prognose des WZIOM vom 9. März 2018	Befragung des WZIOM 12. – 17. März 2018*	Exit Polls WZIOM 20. März 2018	Offizielles Ergebnis (vorläufig vom 19. März 2018)
Ich werde definitiv teilnehmen	74,0 %	63 – 67 %	75,7 %	63,7 %	67,5 %
Ich werde wahrscheinlich teilnehmen	9,0 %	-	8,8 %	-	-
Ich werde wahrscheinlich nicht teilnehmen	2,0 %	-	3,3 %	-	-
Ich werde definitiv nicht teilnehmen	4,0 %	-	4,4 %	-	-
keine Antwort	1,0 %	-	1,0 %	-	-
Ich habe mich noch nicht entschieden, werde mich jedoch näher zum Wahltermin entscheiden	9,0 %	-	6,8 %	-	-

* Werden Sie an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen, die im März 2018 stattfinden werden, oder nicht? (% aller Antworten)

Quelle: Angaben der Institute WZIOM <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116754>>, 20. März 2018, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116754>> 20. März 2018 und FOM <<http://fom.ru/Prezidentskie-vybory-%E2%80%93-2018/13991>>, 21. März 2018 sowie der Zentralen Wahlkommission Russlands, <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvtd=100100084849066&vrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100084849066&type=226>, veröffentlicht am 19. März 2018.

Tabelle 3: Wahlprognosen, -befragungen und Exit Polls der Meinungsforschungsinstitute WZIOM und »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) zu Kandidaten

	Prognose des WZIOM für den 9. März 2018	Befragung des WZIOM 12. – 17. März 2018*	Exit Polls WZIOM 20. März 2018	Exit Polls FOM 21. März 2018	Offizielles Ergebnis (vorläufig vom 19. März 2018)
Putin	69 – 73 %	68,6 %	73,9 %	76,3 %	76,7 %
Grudinin	10 – 14 %	7,4 %	11,2 %	11,9 %	11,8 %
Schirinowski	8 – 12 %	4,7 %	6,7 %	6,0 %	5,7 %
Sobtschak	2 – 3 %	1,2 %	2,5 %	2,0 %	1,7 %
Jawlinski	1 – 2 %	1,1 %	1,6 %	1,0 %	1,0 %
Titow	<1 %	0,6 %	1,1 %	0,7 %	0,8 %
Baburin	<1 %	0,6 %	1,0 %	0,6 %	0,7 %
Surajkin	<1 %	0,3 %	0,8 %	0,7 %	0,7 %
Stimme ungültig	-	0,8 %	1,2 %	-	0,9 %
Enthaltung	-	2,4 %	-	-	-
keine Angabe	-	12,3 %	-	-	-

* Wenn die Präsidentschaftswahlen am nächsten Sonntag wären und der Stimmzettel würde so aussehen wie der vorliegende, für welchen Kandidaten würden Sie dann eher stimmen? Sie haben nur eine Antwortmöglichkeit. (%)

Quelle: Angaben der Institute VCIOM <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116754>>, 20. März 2018, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116754>> 20. März 2018 und FOM <<http://fom.ru/Prezidentskie-vybory-%E2%80%93-2018/13991>>, 21. März 2018 sowie der Zentralen Wahlkommission Russlands, <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvtd=100100084849066&vrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100084849066&type=226>, veröffentlicht am 19. März 2018.

*Präsidentenwahlen 2000, 2004, 2008, 2012, 2018 im Vergleich***Tabelle 4: Präsidentenwahlen 2000, 2004, 2008, 2012, 2018 im Vergleich**

	18. März 2018 (vorläufiges Ergebnis)		4. März 2012		2. März 2008		14. März 2004		26. März 2000	
	Putin	Wahlbeteiligung	Putin	Wahlbeteiligung	Medwedew	Wahlbeteiligung	Putin	Wahlbeteiligung	Putin	Wahlbeteiligung
Russische Föderation	76,69 %	67,48 %	63,60 %	65,27 %	70,28 %	69,71 %	71,31 %	64,32 %	52,94 %	68,64 %
Höchste Wahlbeteiligung										
Wahllokale außerhalb der Grenzen der UdSSR	84,72 %	97,75 %	73,24 %	96,14 %	85,80 %	82,40 %	85,13 %	86,45 %	63,48 %	30,33 %
Republik Tuwa	91,98 %	93,63 %	90,00 %	92,62 %	89,32 %	80,57 %	87,53 %	72,78 %	62,41 %	70,25 %
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	85,54 %	91,87 %	84,58 %	93,35 %	83,86 %	91,96 %	84,50 %	80,84 %	59,11 %	68,84 %
Republik Kabardino-Balkarien	93,38 %	91,70 %	77,64 %	73,05 %	88,80 %	91,70 %	96,49 %	97,71 %	74,87 %	88,50 %
Republik Tschetschenien	91,44 %	91,51 %	99,76 %	99,61 %	88,70 %	91,16 %	92,30 %	94,00 %	50,63 %	78,48 %
Städte föderaler Bedeutung und umgebende Region										
Republik Krim (ab den Wahlen 2018)	92,15 %	71,54 %								
Stadt Sewastopol (ab den Wahlen 2018)	90,19 %	71,40 %								
Gebiet Leningrad	79,01 %	66,87 %	61,90 %	63,24 %	70,19 %	63,68 %	77,10 %	57,94 %	66,61 %	66,67 %
Stadt Sankt Petersburg	75,01 %	63,69 %	58,77 %	62,05 %	72,27 %	68,10 %	75,12 %	57,40 %	62,41 %	66,32 %
Gebiet Moskau	74,49 %	63,53 %	56,85 %	61,34 %	70,41 %	69,19 %	71,12 %	58,29 %	47,92 %	64,69 %
Stadt Moskau	70,88 %	59,86 %	46,95 %	58,11 %	71,52 %	65,65 %	68,61 %	59,81 %	46,22 %	66,94 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Präsidentenwahlen 2000, 2004, 2008, 2012, 2018 im Vergleich (Fortsetzung)

	18. März 2018 (vorläufiges Ergebnis)		4. März 2012		2. März 2008		14. März 2004		26. März 2000	
	Putin	Wahl- betei- ligung	Putin	Wahl- betei- ligung	Medwe- dew	Wahl- betei- ligung	Putin	Wahl- betei- ligung	Putin	Wahl- betei- ligung
Niedrigste Wahlbeteiligung										
Transbaikal- region (ab den Wahlen 2008)	72,03 %	57,98 %	65,69 %	59,93 %	65,81 %	70,50 %				
Gebiet Twer	74,55 %	57,55 %	58,02 %	58,70 %	67,57 %	65,90 %	70,59 %	54,90 %	57,71 %	70,17 %
Gebiet Nowgorod	72,65 %	57,28 %	57,91 %	58,64 %	65,81 %	58,97 %	71,74 %	54,47 %	64,86 %	71,05 %
Republik Karelien	73,04 %	57,15 %	55,38 %	55,38 %	67,25 %	55,74 %	74,14 %	56,42 %	64,27 %	68,26 %
Gebiet Irkutsk	73,06 %	55,69 %	55,45 %	56,01 %	61,24 %	64,74 %	61,96 %	52,41 %	50,11 %	65,15 %

Quellen: Angaben der Zentralen Wahlkommission 2018 <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvld=100100084849066&cvrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100084849066&type=227>, 19. März 2018; 2012 <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvld=100100031793509&cvrn=100100031793505®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100031793509&type=227>, 15. März 2012; 2008: <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvld=100100022249920&cvrn=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100022249920&type=227,11> März 2008; 2004: <<http://pr2004.cikrf.ru/etc/svod.xls>>, 25. März 2004; 2000: <<http://www.fci.ru/prez2000/default.htm>>, download am 25. März 2000.

Wahlbeobachtung: »Golos«-Bericht zu den Präsidentschaftswahlen am 18. März 2018 in Russland

Der folgende Bericht der Bewegung zur Verteidigung der Wählerrechte »Golos« vom 19. März 2018 ist eine gekürzte deutschsprachige Fassung von Berichten, die auf golosinfo.org und epde.org kurz nach den Wahlen in russischer und englischer Sprache veröffentlicht wurden. Sie spiegeln die Stellungnahme der Wahlbeobachtungsorganisation und ihre Erfahrungen bei den russischen Präsidentschaftswahlen wider. Wir danken »Golos« für die exklusive Zusammenstellung dieses Berichts.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Vorläufige Erklärung zu den Ergebnissen der Wahlbeobachtung bei den Präsidentschaftswahlen in Russland am 18. März 2018

Die Bewegung »Golos« hat bei den Präsidentschaftswahlen in der Russischen Föderation während aller Phasen des Wahlprozesses eine Langzeit- und eine Kurzzeitbeobachtung vorgenommen.

Am Wahltag sind über die Hotline des zentralen Callcenters über 6.000 Anrufe eingegangen. Auf der »Karte der Verstöße« sind während des gesamten Wahlprozesses 3.000 Meldungen eingegangen, davon 2.000 am Wahltag selbst.

In einer vorläufigen Bewertung der Präsidentschaftswahlen erklärt »Golos«, dass wir uns ungeachtet der unstrittigen formalen Führung des siegreichen Kandidaten leider dazu genötigt sehen, die Wahlen als nicht tatsächlich fair anzuerkennen, nämlich nicht im vollen Umfang fair in jenem Sinne, den die Verfassung und die Gesetze der Rus-

sischen Föderation sowie die internationalen Standards für Wahlen vorgeben, weil das Wahlergebnis im Zuge eines nicht freien und ungleichen Wahlprozesses ohne Wettbewerb zustande gekommen ist. Wir können somit nicht feststellen, dass der tatsächliche Wählerwille in freier Wahl zum Ausdruck gekommen ist.

Die Fälle von Fälschung und die Verstöße gegen Verfahrensregeln, die festgestellt wurden, unter anderem bei der Stimmauszählung, erfordern eine weitere Untersuchung sowie eine detaillierte Analyse der Videoaufzeichnungen aus den Wahllokalen. Die Bewegung »Golos« hat damit am 19. März 2018 begonnen.

Konkrete Beispiele, die die Schlussfolgerungen von »Golos« illustrieren, sind [in russischer Sprache – Anm. d. Red.] in den Berichten und Stellungnahmen der Bewegung auf deren Website zu finden sowie in der »Chronik des Wahltages« und den Meldungen auf der »Karte der Verstöße«.

Allgemeine Charakterisierung des Wahlgeschehens im Vorfeld des Wahltages

- Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 in der Russischen Föderation war der Wettbewerb eingeschränkt. In vielerlei Hinsicht ist das auf die Beschränkungen des passiven Wahlrechts zurückzuführen und auf die Art und Weise, wie in den Medien über die Wahlen berichtet wurde.
- Angesichts des fehlenden Wettbewerbs und als Reaktion auf die Boykottkampagne erfolgte eine künstliche Mobilisierung der vom öffentlichen Dienst abhängigen Teile der Wählerschaft, bei der verschiedene Instrumente zum Einsatz kamen. Eine weitere Besonderheit der Wahlen war die breite Beteiligung Minderjähriger, sowohl bei der Mobilisierung von Wählern, als auch unmittelbar im politischen Wahlkampf.
- Gleichzeitig ist die positive Rolle der Wahlkommissionen zu erwähnen, die die Bürger besser darüber informiert hat, welche möglichen Formen der Beteiligung an der Wahl bestehen.
- Die Arbeit der Medien, von denen sich ein beträchtlicher Teil in unterschiedlichem Maße unter der Kontrolle des Staates befindet, war durch eine manipulative und tendenziöse Berichterstattung über die Kandidaten gekennzeichnet, wodurch die Bürger daraus keine objektiven und wahrheitsgemäßen Informationen über die Kandidaten beziehen konnten. Einen erheblichen Einfluss auf den Wählerwillen hatte die Tätigkeit des amtierenden Präsidenten während der Wahlkampagne, die sich aus seiner Amtsstellung ergab und von der in den Medien breit berichtet wurde.
- Es lässt sich feststellen, dass das System der Wahlkommissionen im Vergleich zu den vorherigen Präsidentschaftswahlen sehr viel offener war. Insgesamt haben sich die Beziehungen zur Gemeinschaft der Wahlbeobachter verbessert, auch am Wahltag selbst.
- Die Zentrale Wahlkommission Russlands hat Personen, die an ihrem Aufenthaltsort und nicht am Wohnsitz wählen wollten, bequemere Bedingungen zur Stimmabgabe geschaffen. Dieses System ist allerdings immer noch unvollkommen und die Möglichkeiten eines Missbrauchs durch die Verwaltung sind noch nicht beseitigt worden.
- Im Vorfeld des Wahltages hat sich der Druck des Staates auf zivilgesellschaftliche Aktivisten und unabhängige Wahlbeobachter verstärkt. Dies äußerte sich durch Versuche, die Arbeit unabhängiger Wahlbeobachter bei der Organisation eines Callcenters zu verhindern, sie politisch zu verfolgen und mithilfe »schwarzer PR« Diskreditierungsmaßnahmen gegen sie einzusetzen. Durch das Eingreifen der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission am Vorabend des Wahltages konnte der Druck auf die Bewegung »Golos« allerdings auf ein Minimum reduziert werden.
- Es wurden viele Fälle festgestellt, in denen auf Wahlberechtigte Druck ausgeübt wurde, die dazu aufgerufen hatten, von ihrem Recht auf Nichtteilnahme an den Wahlen Gebrauch zu machen.

Vorläufige Ergebnisse der Beobachtung am Wahltag

Das neue Verfahren der Stimmabgabe am Aufenthaltsort wurde ebenso dazu ausgenutzt, Wahlberechtigte zur *Stimmabgabe zu nötigen*. Die Bildung von Warteschlangen, der organisierte Transport von Wählern zur Stimmabgabe und Kontrollmaßnahmen zur Wahlteilnahmen konnten beobachtet werden. Insbesondere in bestimmten Wahllokalen, die in der Nähe oder auf dem Gelände von Studentenwohnheimen, Hochschulen und großen Unternehmen lagen, war die *innerregionale »Migration« von Wählern erheblich stärker als die interregionale* (siehe die Express-Analyse unter: www.golosinfo.org/ru/articles/142556). Insgesamt haben rund 5,7 Millionen Wähler einen Antrag auf Stimmabgabe am Aufenthaltsort gestellt. Das Ausmaß der interregionalen »Migration« betrug vermutlich kaum mehr als eine Million Wähler, die innerregionale Migration kann also auf über 4,5 Millionen geschätzt werden. Insgesamt wurden rund 30 Prozent der sogenannten Wahlmigranten (1.664.475 Wähler) in rund 5 Prozent (4.821 von rund 96.000) der Wahllokale registriert, denen 200 oder mehr Wähler zugeordnet werden konnten. Bei den Vorbereitungsmaßnahmen für den Wahltag wurden durch die Wahlkommissionen rund zwei Millionen Personen aus den Wählerverzeichnissen gestrichen, unter anderem auch »doppelte Wähler« und »tote Seelen«. In einigen Regionen sind durch diese

Bereinigung auch reale Wähler aus den Verzeichnissen entfernt worden. In den meisten Regionen ist die Zahl der Wahlberechtigten zwischen Beginn und Ende der Stimmabgabe beträchtlich gestiegen: von um 2,1 Prozent (Nordossetien – Alanien) bis um 3,1 Prozent im Moskauer Gebiet und in St. Petersburg. Dadurch ist die *Anzahl der Personen im Wählerverzeichnis im Laufe des Wahltages um fast anderthalb Millionen gestiegen*.

Es sind Fälle festgestellt worden, in denen 1) Verzeichnisse der Wähler, die eine Stimmabgabe am Aufenthaltsort beantragt hatten, nicht broschiert wurden; 2) die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke in Wählerverzeichnissen fehlten; 3) Wahlkommissionen der Wahllokale am 18. März ohne rechtliche Grundlage Personen die Stimmabgabe erlaubten, die nur vorübergehend dort gemeldet waren, sowie Personen, die nicht in den zusätzlichen Wählerverzeichnissen geführt waren.

Positiv ist zu bewerten, dass der *Anteil der Stimmabgaben außerhalb des Wahllokals (die sogenannte Stimmabgabe zuhause) im Vergleich zu den vorherigen Präsidentschaftswahlen von 8,2 auf 6,6 Prozent zurückgegangen ist*. Dennoch sind durch Wahlbeobachter Fälle festgestellt worden, in denen Wahlkommissionen Wahlberechtigte besuchten, die keine Stimmabgabe zuhause beantragt hatten oder zwar einen Antrag gestellt, jedoch keinen Besuch der Wahlkommission aus dem Wahllokal erhalten hatten.

Am Vorabend des Wahltages fanden Wahlbeobachter heraus, dass in einigen Regionen in den gedruckten Versionen der Arbeitshefte der Wahlkommissionen in den Wahllokalen ein Verbot formuliert war, dem zufolge Kommissionsmitgliedern mit beratender Stimme Foto- und Videoaufnahmen untersagt sind. Positiv ist zu vermerken, dass die Zentrale Wahlkommission zügig auf dieses Problem reagiert hat und entsprechende Erläuterungen gab. Aus Moskau, den Regionen Krasnodar und Chabarowsk, aus Baschkortostan, Dagestan, Karatschajewo-Tscherkessien, dem Moskauer Gebiet und den Gebieten Kemerowo und Nischnij Nowgorod sind Meldungen eingegangen, dass Wahlbeobachtern und Kommissionsmitgliedern mit beratender Stimme, die von Parteien oder Kandidaten entsandt worden waren, der Zutritt verweigert wurde.

Videobeobachter berichteten von Problemen bei der Einrichtung einer Videoübertragung aus dem Wahllokal. Die Nummern der Wahllokale, in denen Videokameras installiert werden sollten, sind nicht im Voraus bekannt gegeben worden. Wahlbeobachter berichteten von zahlreichen Fällen, in denen Kameras so ungünstig platziert waren, dass man die Geschehnisse im Wahllokal nicht tatsächlich mitverfolgen konnte (die Wahlurnen waren schlecht zu sehen). In einigen Wahllokalen versuchten Mitglieder der Wahlkommission, die Möglichkeiten der Videokontrolle bewusst zu verschlechtern, indem die Sicht der Kamera mit anderen Gegenständen versperrt wurde, unter anderem auch bei der Stimmauszählung.

Aus verschiedenen Regionen ist ein *stapelweiser Einwurf von Stimmzetteln* gemeldet worden (was zum Teil auf Video festgehalten wurde) und Fälle, in denen eine *Stimmabgabe durch andere Personen* erfolgte.

Positiv ist zu bewerten, dass sich im Vergleich zu den vorherigen Präsidentschaftswahlen einige Daten der Wahlbeteiligung, die bei Wahlbeobachtern ernste Zweifel auslösen, verringert haben. Dabei haben vorläufige Ergebnisse der videogestützten Feststellung der Wahlbeteiligung in einer Reihe Regionen (u. a. in Dagestan, Tatarstan, im Gebiet Tjumen und in Tschetschenien) ernste Abweichungen von den offiziellen Zahlen zu Tage gefördert.

Die verschiedenen Verfahrensverstöße werden durchschnittlich in weniger als 5 Prozent der Fragebögen genannt, die Wahlbeobachter aus ganz Russland eingesandt haben. Allerdings ist der gesamtrossische Wert bei drei Verfahrensschritten und Gesetzesvorschriften recht hoch ausgefallen. Bei folgenden Verstößen liegt der Anteil bei über 5 Prozent:

1. Einschränkungen für Wahlbeobachter, sich im Wahllokal bewegen zu können (5,7 Prozent);
2. Nichteinhaltung der Abfolge der Verfahrensschritte bei der Stimmauszählung (12,0 Prozent);
3. Bei der Stimmauszählung erfolgten unterschiedliche Schritte gleichzeitig (12,2 Prozent).

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

EPDE protestiert gegen die Einstufung als »unerwünschte Organisation« in Russland

Berlin, 14.03.2018

Am 13. März 2018 wurden die European Platform for Democratic Elections (EPDE), ein zivilgesellschaftliches Netzwerk unabhängiger Wahlbeobachtungsorganisationen, und ihre Mitgliedsorganisation International Elections Study Center (IESC) vom Justizministerium der Russischen Föderation als »unerwünschte Organisation« eingestuft.

Stefanie Schiffer, EPDE-Vorstandsmitglied, kommentiert: »Wir protestieren gegen die Listung als »unerwünschte Organisation« und gegen die pauschale Kriminalisierung und Diskreditierung unserer Mitgliedsorganisationen, die damit bei einer weiteren Zusammenarbeit verbunden ist. Wir fordern die unverzügliche Zurücknahme dieser Maßnahme durch das russische Justizministerium.«

Mit dem 2015 eingeführten Gesetz über »unerwünschte Organisationen« versucht die russische Regierung, die internationale Zusammenarbeit demokratischer Bewegungen administrativ zu bekämpfen. Mitarbeitern gelisteter internationaler Organisationen und deren Partnern in der Russischen Föderation drohen bei jeglicher Form der Zusammenarbeit bis zu sechs Jahre Haft oder ein Verbot, nach Russland einzureisen, sowie zahlreiche andere Strafmaßnahmen.

Die Bundesregierung kritisierte das Gesetz 2015 als »Element, um die kritische Zivilgesellschaft in Russland zu isolieren und zu diskreditieren und um Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zu verhindern«, mit dem das »Gefühl von Unsicherheit und Angst, das ohnehin schon in der kritischen russischen Zivilgesellschaft herrscht«, verstärkt werde.

EPDE ist ein 2012 gegründetes Bündnis aus Wahlbeobachtungsorganisationen mit dem Ziel, die zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtung in den Ländern der östlichen Partnerschaft, in der Russischen Föderation und in ganz Europa zu unterstützen und zu demokratischen Wahlprozessen beizutragen.

Mehr zur Arbeit von EPDE unter: www.epde.org



DEKODER

Die zwei Staaten des Wladimir Putin

Von Maxim Trudoljubow (Republic)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Maxim Trudoljubow erschien ursprünglich am 20.02.2018 in der Onlinezeitung Republic und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Egal, ob es um Vorwürfe wegen vermeintlicher Wahleinmischung in den USA oder russischen Kämpfern in der Ostukraine geht: Der Kreml bestreitet dies stets. Offiziell hat sich Putin immer von Hackerangriffen distanziert. Zu den aktuellsten Recherchen von Nawalnyjs Fonds für Korruptionsbekämpfung, die eine russische Einflussnahme auf die US-Wahlen über Vize-Premier Prichodko und den Oligarchen Oleg Deripaska nahelegen, hat sich der Kreml offiziell nie geäußert.

Maxim Trudoljubow beobachtet eine Art »Staat im Staat«, die Auslagerung wichtiger Operationen aus den staatlichen Institutionen heraus.

Staat im Staat 2.0

Ausländische Staaten sprechen von einer Einmischung Russlands in ihre inneren Angelegenheiten und in ihre Wahlen. Russlands offizielle Vertreter dementieren das. Und sichtbare Anzeichen für eine Beteiligung russischer Staatsangehöriger an den Kriegshandlungen in Syrien und in der Ukraine oder an den Troll-Angriffen auf amerikanische Wähler ändern nichts an der offiziellen Position: Das sind nur Privatpersonen, Urlauber und Enthusiasten.

Wenn Putin auf die Frage eines ausländischen Journalisten nach möglichen Hackerangriffen auf die Wahlen in Deutschland sagt: »Auf staatlicher Ebene machen wir so etwas nie«, dann wählt er seine Worte sorgsam und zieht eine für ihn wichtige juristische Grenze zwischen Privatem und Staatlichem.

Wie sind die gefallenen Kämpfer nach Syrien gekommen?

Das Außenministerium räumt ein, dass in Syrien bei Kämpfen zwischen Assad-treuen Einheiten und Kräften, die von den Amerikanern unterstützt werden, russische Staatsangehörige ums Leben gekommen sind. Wie aber diese russischen Kämpfer, die nicht im Dienst der Armee standen, nach Syrien gelangten, ist den Behörden nicht bekannt.

Nicht bekannt ist auch, warum individuelle Mitarbeiter privater Medienunternehmen amerikanisch anmutende Accounts in sozialen Netzwerken einrichten oder sogar E-Mail-Server amerikanischer Politiker hacken. »Hacker, das sind freie Menschen, wie Künstler: Die stehen auf, und wenn sie in Stimmung sind, setzen sie sich hin und malen. Genau wie Hacker: Die wachen auf und lesen, dass da was los ist in den internationalen Beziehungen, und wenn sie patriotisch gesinnt sind, dann leisten sie ihren Beitrag«, meinte Wladimir Putin im vergangenen Jahr.

Projekte, bei denen nichtstaatliche Kräfte eingesetzt werden, sind von erheblicher Bedeutung. Es ist also kein Programmfehler, sondern sie sind das Programm – eine bewusst aufgebaute Public-private-Partnership im politischen und militärischen Bereich. Ganz offensichtlich ist das Besondere an diesem Ansatz, dass sich eine Beteiligung des Staates leugnen lässt, ohne sich groß verbiegen zu müssen.

Alibi für den Kreml

Dem Kreml ein Alibi zu verschaffen, ist natürlich nicht die einzige Aufgabe, an der Oleg Deripaska, Jewgeni Prigoshin, Konstantin Malofejew und andere sehr wichtige Privatpersonen arbeiten – jeder in seinem Bereich.

Eine untergründige, aber wichtige Entwicklung all der Jahre unter Putin bestand darin, den Charakter von Eigentum zu ändern: Grundsätzliche Voraussetzung

für Besitz ist mittlerweile der Dienst am Staat. Wer über »altes Geld« verfügte (in Wirklichkeit waren das natürlich junge Leute mit sehr jungem Geld), ging auf dem Wege von trial and error dazu über, ungeschriebene Eigentumsverträge durch neue zu ersetzen, nachdem man gelernt hatte, wie Verhandlungen laufen; jeder gab nach seinen Fähigkeiten: Die einen subventionierten ganze Regionen sowie verlustträchtige, aber sozialpolitisch wichtige Unternehmen. Andere unterstützten Jugendgruppen und politische Parteien, bei denen die Regierung Pate steht, die dritten beteiligen sich an der Sanierung oder dem Bau von Palästen und Projekten zur nationalen Prestigesteigerung.

Es ging dabei nicht nur um den Neuabschluss alter Verträge, sondern auch um das Knüpfen neuer Beziehungen. Im Unterschied zu den alten Oligarchen erhalten die neuen Leute – von denen viele lustigerweise gar nicht so jung sind – einfach die Möglichkeit großer Gewinne (beispielsweise durch Kontakte zu Gazprom oder dem Verteidigungsministerium), vorausgesetzt, sie übernehmen für das Gemeinwohl nützliche Aufgaben. Ein wertvoller Beleg für diesen Prozess sind die Materialien von Sergej Kolesnikow, der einst munter medizinische Geräte aus Deutschland nach Russland lieferte, sich dann aber entschloss, die Geschichte des »Putinpalastes« publik zu machen.

Wichtige Vorgänge aus den staatlichen Institutionen auszulagern, ist heute ein äußerst wichtiges politisches Instrument des Kreml. Natürlich könnte man den Einsatz dieser Mechanismen ausschließlich in Korruptionsmotiven suchen: weniger Transparenz, also mehr Möglichkeiten zu stehlen. Das wäre jedoch zu eindimensional. Für das konsequente Vorgehen, das außerhalb Russlands oft angriffslustig wirkt, ist eine solche Erklärung nicht hinreichend. Zudem völlig klar ist: Putins neue Oligarchen erhalten unbeschränkt Zugang zu Gewinnquellen, aber sie führen seine Kriege und bauen seine Brücken.

Sie führen Putins Kriege und bauen Putins Brücken

Paradoxerweise vertraut der Staatsmann Putin dem gewöhnlichen Staat nicht, der ihm zu unpersönlich ist. Und für jeden CIA-Agenten ist es ein Leichtes, die Berichte einzusehen; er ist also für den Feind transparent. Der Staat mag sich zwar heute unter der Kontrolle Putins befinden, aber er ist nach Grundzügen aufgebaut, die – zumindest theoretisch – Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und eine Verantwortlichkeit gewählter Politiker gegenüber der Gesellschaft vorsehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein nicht im Vorhinein abgesegneter Kandidat bei Wahlen gewinnt, ist natürlich verschwindend gering, aber sie ist nicht gleich Null. Und für einen

vorsichtigen Spieler ist bereits diese geringe Wahrscheinlichkeit einer Niederlage Grund genug, sich abzusichern.

Gewöhnlicher Staat versus Staat des Zaren

Eine solche Absicherung ist die Schaffung eines Staates, der außerhalb des gewöhnlichen Staates existiert. Einst gab es ein Synonym für wne («außerhalb»), otdelno («gesondert») oder snarushi («von außen»): Es lautete opritschnina. Die Opritschnina war ihrem Sinne nach ein Staat des Zaren außerhalb der gewöhnlichen Semschtschina. Sie war eine neue institutionelle Realität, mit neuen Leuten, die Eigentum und Reichtum nur für treue Dienste erhielten und dem Geltungsbereich der verhassten Feudalordnung entzogen waren.

Die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten müssen sich nicht unbedingt derart blutig gestalten, wie Iwan IV. («der Schreckliche») es eingerichtet hatte (auch wenn die Abrechnung mit einigen Gouverneuren und dem ehemaligen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Alexej Uljukajew, etwas von Opritschnina hatte). Ein Hort idyllischer Harmonie werden sie aber wohl nie werden.

Der »andere Staat« sammelt Einkommensquellen und rekrutiert Oligarchen, die sie überwachen. Dem gewöhnlichen Staat überlässt er die Kosten, sozialen Verpflichtungen und das Fußvolk der Gouverneure.

Den gewöhnlichen Staat leitet der Premierminister, dem ist alles übertragen, womit sich der Anführer des »anderen«, des zarischen Staates, nicht befassen will.

Die Reformprogramme werden für den gewöhnlichen Staat geschrieben, dessen Beamte berechnen ächzend die Haushalte und führen Handelsgespräche. Aber es reicht eine Bewegung des unberechenbaren »anderen

Staates«, und – wie schon mehrfach geschehen – alles war umsonst.

Sollte Putin irgendwann einmal die Kontrolle über die Wahlen lockern, wird er zwar die Wahl eines Oberhauptes für den gewöhnlichen Staat zulassen, den Staat des Zaren aber wird er selbst behalten.

Der »andere Staat« bleibt unsichtbar

Russland fällt in der Welt immer stärker durch das Vorgehen des »anderen Staates« auf (jenes Staates, der private Kriege führt und die öffentliche Meinung manipuliert). Doch ist der »andere Staat« für Russen wie für Ausländer unsichtbar: Wir kennen seine Dimensionen nicht, wissen nicht, wieviel Geld und wieviel Leben durch ihn aus dem gewöhnlichen Staat abgezapft werden und dann in der Blackbox des parallelen, privaten Staates verschwinden. Offiziell werden nur die üblichen Zahlen veröffentlicht und diskutiert, und nur auf dieser Grundlage werden Prognosen erstellt. Das vermittelt uns aber keine Vorstellung von den Plänen des privaten Staates.

Welcher von beiden Staaten wird mehr Gewicht haben? Den meisten Bürgern des Landes, so scheint es, gefällt es, auf die Erfolge des agilen »anderen Staates« stolz zu sein. Sie leben aber in der Realität des depressiven gewöhnlichen Staates, eines Staates, in dem die staatlichen Angestellten mit Ach und Krach versuchen, ein schändliches Minimalgehalt an das kärgliche Existenzminimum anzugleichen.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) vom
Hartmut Schröder*

Über den Autor

Maxim Trudoljubow ist ein russischer Journalist. Er arbeitet unter anderem als Autor für die Tageszeitungen »Wedomosti« und »International New York Times«. Im Jahr 2007 wurde Trudoljubow mit dem »Pawel-Chlebnikow-Preis« für couragierten Journalismus ausgezeichnet.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://republic.ru/posts/89598>>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekode unter <<https://www.dekode.org/de/article/oligarchen-krieg-syrien-trolle>>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekode.org](https://www.dekode.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode, Republic und Maxim Trudoljubow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

CHRONIK

5. – 18. März 2018

05.03.2018	Der ehemalige russische Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julija werden in der englischen Kleinstadt Salisbury Opfer eines Angriffs mit Nervengift. Sie seien am Sonntag bewusstlos aufgefunden worden, bestätigte Mark Rowley, Chef der britischen Antiterrorereinheit. Skripal, ein ehemaliger Offizier des russischen Militärgheimdienstes, war in Russland 2006 als britischer Spion verurteilt und im Jahr 2010 im Rahmen eines Gefangenenaustausches mit Großbritannien freigelassen worden.
05.03.2018	Die russische Generalstaatsanwaltschaft leitet Ermittlungen gegen zwei russische Athleten ein. Die Bobfahlerin Nadeschda Sergejewna und der Curler Alexander Kruschelnizkij stehen im Verdacht des Dopingmissbrauchs bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang. Sie waren vom Internationalen Olympischen Komitee nach positiven Dopingproben von den Spielen suspendiert worden.
05.03.2018	Auf Anfrage der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation bestätigen die Schweizer Steuerbehörden, dass Präsidentschaftskandidat Pawel Grudin in zum Zeitpunkt seiner Nominierung 13 Bankkonten in der Schweiz besaß. Grudin, der als Kandidat für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation antritt, wird vorgeworfen, Vermögen im Wert von mehr als 55 Millionen Rubel auf Konten in der Schweiz zu haben. Dies bestätigte Nikolaj Lewitschew, Mitglied der Zentralen Wahlkommission. Grudin hatte zunächst angegeben, dass all seine ausländischen Bankkonten aufgelöst seien. Seine Zulassung zur Wahl bleibt bestehen, jedoch wird es Aushänge in den Wahlkabinen geben, die über diesen Sachverhalt informieren.
06.03.2018	Beim Landeanflug auf den syrischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim stürzt eine russische Militärtransportmaschine vom Typ »Antonow An-26« ab. An Bord befanden sich 39 Armeeangehörige. Es gibt keine Überlebenden. Das russische Verteidigungsministerium vermutet einen technischen Defekt als Ursache, einen Beschuss habe es nicht gegeben.
06.03.2018	Der stellvertretende Ministerpräsident Arkadij Dworkowitsch übernimmt die Leitung des Organisationskomitees der Fußball-WM. Anfang des Jahres war der stellvertretende Ministerpräsident Wladimir Mutko von seinem Posten als Generaldirektor des Organisationskomitees zurückgetreten. Diese Aufgabe hatte Alexej Sorokin übernommen, Mutko ist weiterhin für die Überwachung der Bauarbeiten im Rahmen der Vorbereitungen zuständig.
07.03.2018	Mark Galperin, Aktivist und Mitglied der Oppositionspartei »Parnas« wird wegen »öffentlichen Aufrufen zu extremistischen Handlungen« vom Moskauer Nagatinskij-Bezirksgericht zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er soll im Spätsommer 2016 zwei Videos veröffentlicht haben, in denen er zu einer »demokratischen Revolution« und Auseinandersetzungen mit der OMON (einer Sondereinheit der Polizei) aufgerufen hat. Das Gericht stufte dies als Aufruf zu »extremistischen Handlungen« ein. Sein Anwalt kündigte an, Berufung einzulegen.
07.03.2018	Das staatliche Umfrageinstitut »WZIAM« gibt bekannt, dass die Unterstützung Putins durch die Bevölkerung seit Beginn des Wahlprozesses im Dezember stabil bei über 60 Prozent liegt. Zuvor hatte die Zeitung »Wedomosti« berichtet, dass die Zustimmungswerte für den amtierenden Präsidenten in den Städten Moskau und St. Petersburg auf unter 60 Prozent gefallen seien. Dies bestätigte der Leiter des »WZIAM«, Walerij Fjodorow, nicht.
07.03.2018	Die nahe Moskau gelegene Kleinstadt Wolokolamsk ruft wegen massiver Umweltverschmutzung den Notstand für die Mülldeponie »Jadrowo« aus. Es seien erhöhte Chlor- und Schwefelkonzentrationen gemessen worden, berichtet das Portal »RBK« und beruft sich dabei auf den Vorsitzenden des Rayons Wolokolamsk, Jewgenij Gawrilow. Laut Katastrophenschutzministerium besteht jedoch zurzeit keine akute Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung.
08.03.2018	Der Duma-Abgeordnete Leonid Sluzkij entschuldigt sich öffentlich, falls er Frauen in irgendeiner Weise beleidigt habe. Dies sei keine böse Absicht gewesen. Damit weist er gleichzeitig alle Vorwürfe sexuellen Missbrauchs von sich. Mitte Februar hatten ihn drei Journalistinnen beschuldigt, sie sexuell belästigt zu haben. Marija Sacharowa, Sprecherin des Außenministeriums, bestätigte, auch gegen sie sei Sluzkij zudringlich geworden. Parlamentspräsident Wjatscheslaw Wolodin sprach dagegen von einer Intrige gegen Sluzkij.
09.03.2018	Der Industriemagnat Wladimir Lissin ist laut aktuellem »Forbes«-Ranking der neue reichste Mann Russlands. Das Nettovermögen des Vorstandsvorsitzenden des Stahlkonzerns NMLK wird auf rund 19,1 Milliarden US-Dollar geschätzt. Weltweit liegt Lissin damit auf Platz 57 der reichsten Personen.
10.03.2018	Das russische Verteidigungsministerium testet erfolgreich eine Hyperschallrakete. Offiziellen Angaben zufolge fliegt diese mit bis zu zehnfacher Schallgeschwindigkeit, weshalb sie nur schwierig abzufangen sei. Die Testrakete habe wie geplant das vorgegebene Ziel auf einem Übungsgelände getroffen.

11.03.2018	Die Sängerin Julija Samojlowa wird Russland beim »Eurovision Song Contest« im Mai vertreten. Sie war bereits im vergangenen Jahr für eine Teilnahme in Kiew nominiert. Ihr war jedoch von den ukrainischen Sicherheitsbehörden die Einreise verweigert worden. Grund hierfür war ein Auftritt Samojlowas auf der Krim, den sie dort im Jahr 2015 ohne vorherige Einreiseerlaubnis durch die Ukraine absolvierte.
11.03.2018	In Moskau wird die Vorsitzende der Oppositionspartei »Jabloko«, Emilija Slabunowa, auf einer Kundgebung wegen »rechtswidriger Wahlwerbung« verhaftet. Sie war im Bezirk Ostankino in Vertretung für den Präsidentschaftskandidaten der Partei, Grigorij Jawlinskij, aufgetreten. Am Nachmittag wurde sie ohne Anzeige wieder aus der Haft entlassen.
12.03.2018	Der europäische Rat verlängert die personenbezogenen Sanktionen gegen 150 russische und ukrainische Staatsangehörige sowie 38 Einrichtungen um weitere sechs Monate. Damit bleiben die Reisebeschränkungen und die eingefrorenen Vermögenswerte bis zum 15. September 2018 bestehen.
13.03.2018	Der russische Außenminister Sergej Lawrow weist das am Dienstag von der britischen Regierung im Fall Skripal gestellte Ultimatum zurück. Sie hatte eine Erklärung darüber verlangt, wie das Nervengift Nowitschok nach Großbritannien gelangt sei. Großbritannien vermutet eine Verwicklung Russlands in den Fall, da das Nervengift in der früheren Sowjetunion entwickelt wurde. Lawrow weist die Anschuldigungen der britischen Behörden, die russische Regierung sei in den Giftanschlag auf den Ex-Spion verwickelt, zurück und droht seinerseits mit Maßnahmen als Reaktion auf die von Großbritannien angedrohten Sanktionen.
13.03.2018	In London wird ein russischer Exilant tot aufgefunden. Es soll sich hierbei um den ehemaligen Geschäftspartner des russischen Milliardärs Boris Beresowskij, Nikolaj Gluschkow, handeln. Es bleibt zunächst unklar, ob es sich um Mord oder Selbstmord handelt. Eine Verbindung zum Anschlag auf Sergej Skripal gebe es nicht, so ein Sprecher der britischen Anti-Terror-Einheit.
14.03.2018	Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, besucht Teile des Föderalbezirks Süd. Ziel seiner Reise sind unter anderem die im Bau befindliche Krimbrücke und Sewastopol, die Hauptstadt der Halbinsel Krim. Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation im März 2014 ist international nicht anerkannt und der Grund für bis heute bestehende Sanktionen der EU und der USA gegen Russland.
14.03.2018	Das städtische Gericht in Syktywkar stellt das Verfahren im Rahmen der Klage Ernst Mesaks gegen das Kulturministerium der Russischen Föderation ein. Mesak hatte geklagt, da es sich bei dem Verleihverbot des Films »The Death of Stalin« Ende Januar seiner Meinung nach um einen Akt der Zensur gehandelt hatte. Er wollte mit seiner Klage die Rücknahme des Verbotes durchsetzen. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass das Verleihverbot nicht die Interessen des Klägers verletze, sondern ausschließlich den Inhaber der Filmrechte und das Kulturministerium betreffe. Mesak erwägt, gegen diese Entscheidung Beschwerde einzulegen.
14.03.2018	Die britische Premierministerin Theresa May kündigt die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten an. Die russische Regierung hatte am Dienstag ein von Großbritannien gestelltes Ultimatum verstreichen lassen, in dem sie aufgefordert wurde, eine Erklärung im Fall des vergifteten Doppelagenten Skripal abzugeben. Der russische Außenminister Lawrow wies den Verdacht einer Beteiligung Russlands zurück und nannte die Vorwürfe eine »russlandfeindliche Kampagne«.
15.03.2018	Die USA verhängen Sanktionen gegen 19 Personen und fünf Organisationen aus Russland. Grund hierfür sei die Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen durch Hackerangriffe im Jahr 2016. Den Betroffenen werde der Zugang zum US-amerikanischen Finanzmarkt verwehrt. Zu ihnen gehören auch die 13 Personen, gegen die US-Sonderermittler Robert Mueller Mitte Februar Anklage erhoben hatte. Unter ihnen ist der Putin-Vertraute Jewgenij Prigoshin, zu dessen Holding mutmaßlich die Agentur »Glawset« gehört, die für die Hackerangriffe verantwortlich gewesen sein soll.
15.03.2018	Beim Start auf dem Flughafen in Jakutsk verliert ein Flugzeug etwa neun Tonnen Gold aus dem Frachtraum. Das Innenministerium in Jakutsk bestätigte, dass sich beim Abflug die Klappe des Frachtraums gelöst habe.
15.03.2018	Laut Umfragen des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrum« befürworten 86 Prozent der Russen die international umstrittene Angliederung der Krim an Russland im März 2014. 70 Prozent sind der Meinung, dass Russland der Anschluss der Krim mehr nutze als schade.
16.03.2018	Der ukrainische Innenminister Arsen Awakow teilt auf seiner Facebook-Seite mit, dass die Ukraine am Sonntag durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen rund um die offiziellen Vertretungen der Russischen Föderation auf dem Gebiet der Ukraine russischen Staatsbürgern den Zutritt zu den Konsulaten verwehren wird. Damit soll verhindert werden, dass in der Ukraine lebende Russen an der in Russland stattfindenden Präsidentschaftswahl teilnehmen können. Die Ukraine reagiere damit auf den aus ihrer Sicht illegalen Umstand, dass sich die russischen Präsidentschaftswahlen auch auf das Gebiet der im März 2014 von Russland annektierten Krim erstrecken.

16.03.2018	Auf Druck der russischen Regierung wendet sich Großbritannien an die internationale Organisation für das Verbot chemischer Waffen, mit der Bitte, eine Untersuchung zum Fall »Skrpal« einzuleiten. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen mit Sitz in Den Haag soll die Ergebnisse der britischen Untersuchung zu diesem Fall überprüfen.
17.03.2018	Als Reaktion auf die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten aus Großbritannien wird Russland 23 britische Diplomaten ausweisen. Dies teilt das russische Außenministerium mit. Außerdem sei der britische Botschafter in Moskau, Laurie Bristow, ins Außenministerium einbestellt worden, das Kulturinstitut »British Council« müsse seine Arbeit in Russland einstellen und die Zustimmung zur Eröffnung eines britischen Generalkonsulats in St. Petersburg werde wieder zurückgezogen.
17.03.2018	Die Ukraine verweist die russische Fernsehjournalistin Natalija Gontscharowa des Landes. Der Journalistin, die für den russischen Fernsehsender »Rossija-24« arbeitet, wird vorgeworfen, in einem Bericht über ukrainische Geheimdienste diese in ein falsches Licht gerückt und damit dem internationalen Ansehen der Ukraine geschadet zu haben. Damit sei sie eine Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes. Gegen sie wurde außerdem ein dreijähriges Einreiseverbot verhängt.
18.03.2018	Bei der Präsidentschaftswahl in Russland siegt Wladimir Putin laut vorläufigem Endergebnis mit 76 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag offiziell bei 67 Prozent. Putin verweist damit seine sieben Herausforderer für das Amt des Präsidenten auf nachfolgende Plätze. Das zweitbeste Ergebnis erzielte mit 11 Prozent Pawel Grudin, der als Kandidat der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« ins Rennen gegangen war. Auffällig ist, dass besonders in den Metropolen Moskau und St. Petersburg die Wahlbeteiligung um rund 60 Prozent geringer ausfiel, dagegen in den Republiken im Nordkaukasus mit bis zu 95 Prozent recht hoch war. In dieser Region erreichte Putin zwischen 80 und 93 Prozent der Stimmen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Göbel
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

auf

www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>